

20 Jahre Aufbauarbeit: Bestandsaufnahme und Ausblick

Vortrag anlässlich der Tagung

„20 JAHRE AUFBAUARBEIT - ZIEL ERREICHT?
WIE FIT IST BRANDENBURGS WIRTSCHAFT FÜR DIE
ZUKUNFT?“

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag
Potsdam, 23. 11. 2011

Joachim Ragnitz
ifo Institut, NL Dresden
e-mail: ragnitz@ifo.de

Gliederung

1. Wirtschaftspolitik in Brandenburg 1991-2011
2. Wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg
3. Ursachenanalyse und Perspektiven
4. Ansatzpunkte für die Wirtschaftspolitik

Gliederung

1. **Wirtschaftspolitik in Brandenburg 1991-2011**
2. Wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg
3. Ursachenanalyse und Perspektiven
4. Ansatzpunkte für die Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik in Brandenburg 1991-1994

(Koalitionsregierung SPD-FDP-B90)

- „Brandenburger Weg“ im Sinne von Konsensdemokratie und aktiver Strukturpolitik
- Priorität für Strukturerhaltung (insbesondere aus arbeitsmarktpolitischen Gründen)
 - Sicherung der „industriellen Kerne“
 - Neuansiedlung von Unternehmen eher nachrangig
 - hohe Bedeutung arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen („Mega-ABM“)
- regionalpolitisches Leitbild der „dezentralen Konzentration“ zur gleichmäßigen Entwicklung aller Regionen des Landes
 - Definition von „Regionalen Entwicklungszentren“ im berlinfernen Raum
 - keine sektorale Schwerpunktsetzung

Wirtschaftspolitik in Brandenburg 1994-1999

(Alleinregierung SPD)

- **Priorität für Arbeitsplätze („Arbeitsplatzstrategie“)**
 - Zielvorgabe: Arbeitslosenquote bis 1999 unter 10% durch Schaffung von 50 Tsd. zusätzlichen Arbeitsplätzen
 - Fortsetzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen
 - „Pakt für Arbeit“ mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren
- **„Regionalisierte Strukturpolitik“ unter Berücksichtigung funktionaler räumlicher Verflechtungen und unter stärkerer Einbeziehung regionaler Akteure**
- **Konzentration auf infrastrukturelle/industrielle Großprojekte**
(Großflughafen Berlin-Brandenburg; Transrapid; Lausitzring; Halbleiterwerk Frankfurt/Oder; Cargolifter u.a.; aber auch: PCK Schwedt, EKO-Stahl, Bombardier u.a.)
- **Bemühungen um Fusion Berlin-Brandenburg**

Wirtschaftspolitik in Brandenburg 1999-2004

(Koalitionsregierung SPD-CDU)

- Abkehr von interventionistischer Strukturpolitik; Betonung von angebotspolitischen Maßnahmen
 - Infrastrukturausbau
 - Innovationsförderung
 - Unternehmensansiedlungen
- Landesinnovationskonzept 2002 mit Konzentration auf ausgewählte Technologiefelder
- Verstärkung der Kooperation mit Polen im Vorfeld der EU-Osterweiterung

Wirtschaftspolitik in Brandenburg 2004-2009

(Koalitionsregierung SPD-CDU)

- Konzentration der Förderpolitik auf „Branchenkompetenzfelder“
 - überregionale Orientierung
 - regionale Verflechtungen
 - Wertschöpfungsanteil in Brandenburg
 - Wachstumsaussichten
- Konzentration der Ansiedlungshilfen auf „Branchenschwerpunktorte“
(zur Unterstützung der Herausbildung von Clustern)
- Konzentration von Infrastrukturausbau auf „Regionale Wachstumskerne“

Wirtschaftspolitik in Brandenburg 2009-...

(Koalitionsregierung SPD-LINKE)

- (...)

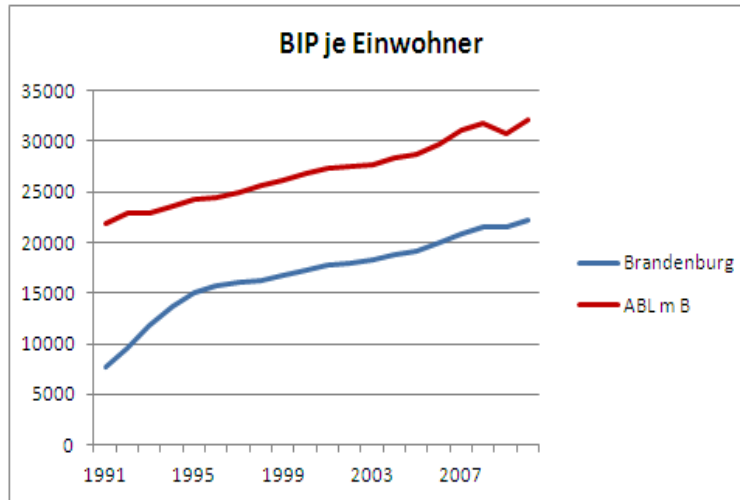
Wirtschaftspolitik in Brandenburg: Zwischenfazit

- Brandenburger Wirtschaftspolitik war in den vergangenen 20 Jahren durch unterschiedliche strategische Ausrichtungen geprägt
- kennzeichnend ist über alle Jahre hinweg ein stark interventionistischer Charakter (insbesondere auch im Vergleich mit anderen ostdeutschen Bundesländern)
- Einfluss der Landespolitik auf wirtschaftliche Entwicklung ist jedoch beschränkt, es dominieren
 - makroökonomische Trends
 - bundespolitische Entscheidungen
 - Standortentscheidungen von Unternehmen

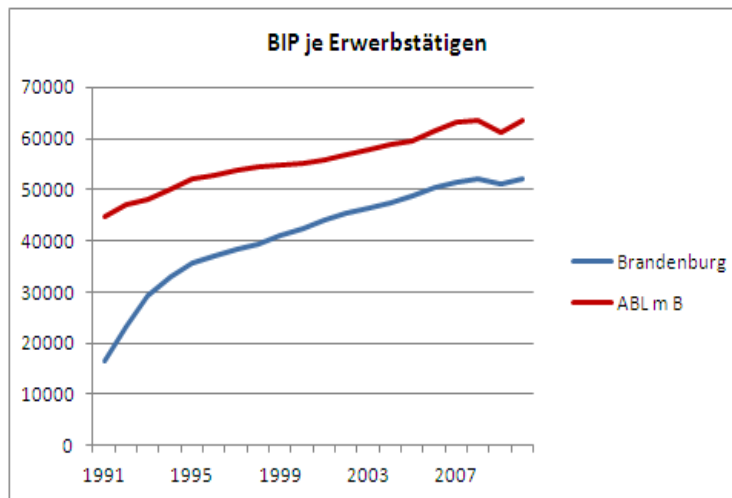
Gliederung

1. Wirtschaftspolitik in Brandenburg 1991-2011
2. **Wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg**
3. Ursachenanalyse und Perspektiven
4. Ansatzpunkte für die Wirtschaftspolitik

Konvergenzfortschritte gegenüber Westdeutschland

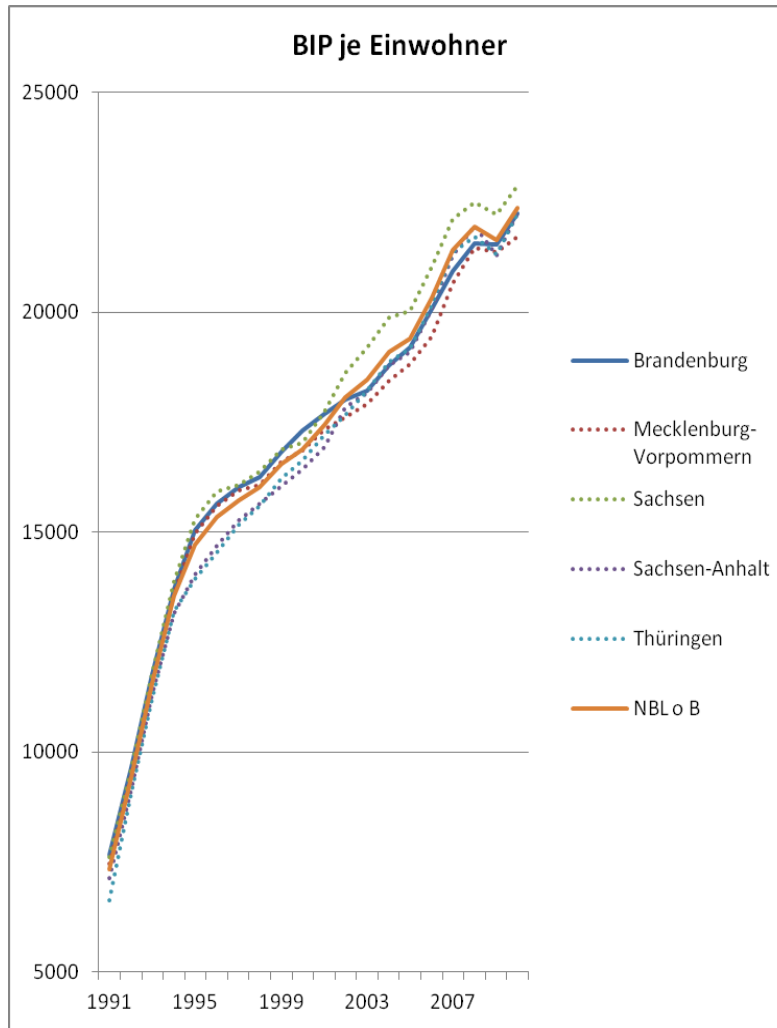


- BIP/Einwohner wächst seit Mitte der 1990er Jahre in etwa gleich stark wie in Westdeutschland (aktuell: 69,3% von ABL)



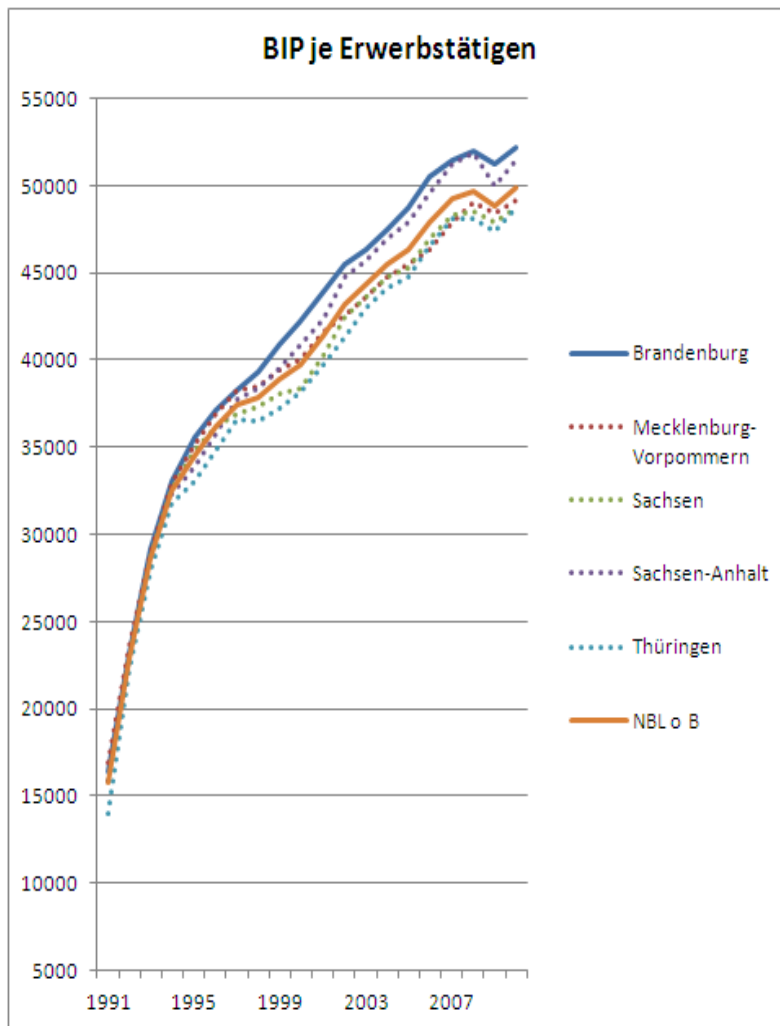
- BIP/Erwerbstätigen nähert sich hingegen langsam weiter an (aktuell: 82,0% von ABL)

BIP je Einwohner nach Ländern



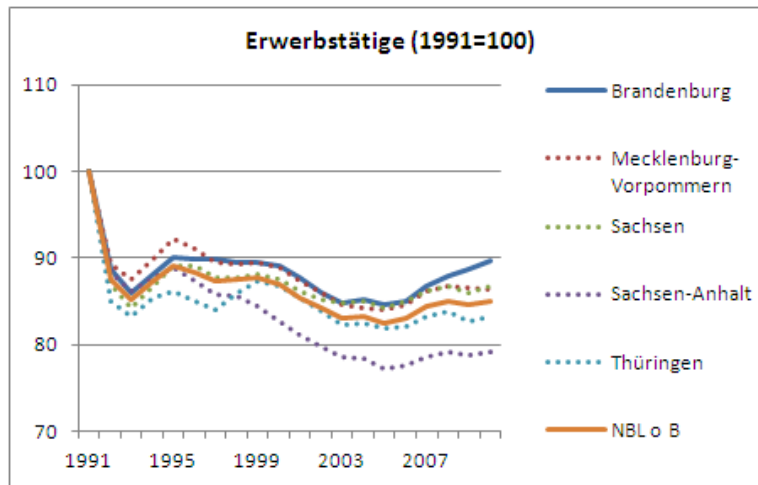
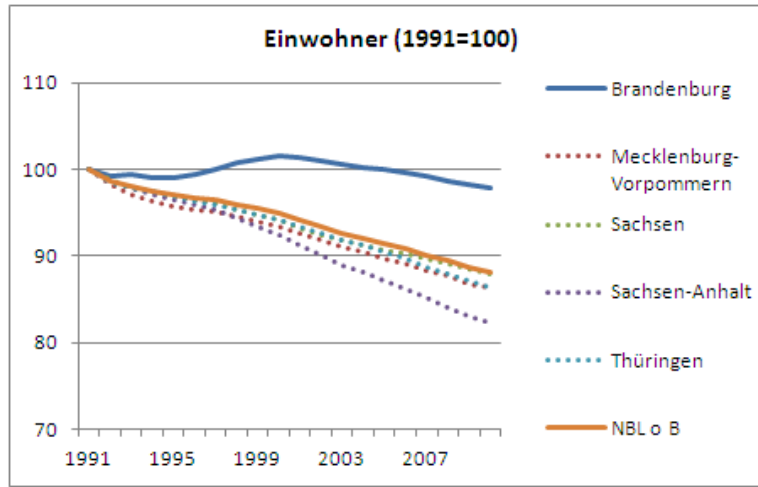
- Unterschiede beim BIP je Einwohner zwischen den ostdeutschen Ländern nur gering
- Einfluss landesspezifischer Wirtschaftspolitik nicht erkennbar

BIP je Erwerbstätigen nach Ländern



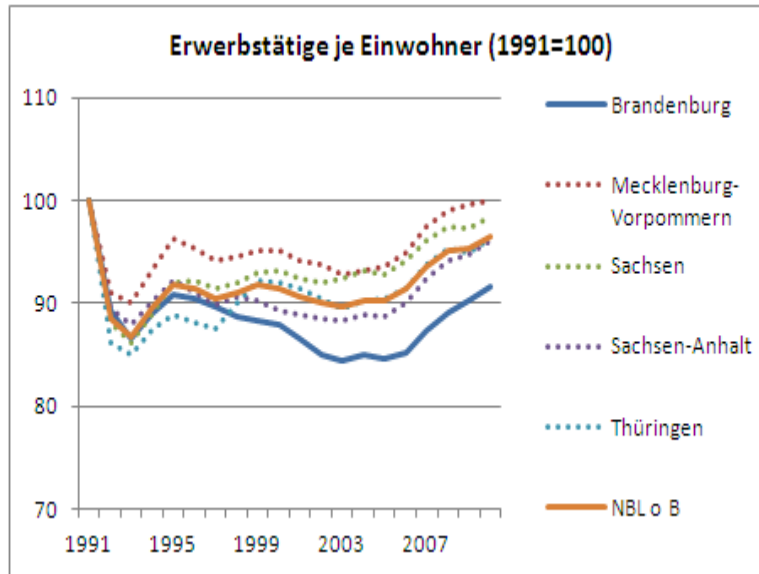
- Unterschiede beim BIP je Erwerbstätigen zwischen den ostdeutschen Ländern auch eher gering
- Brandenburg hierbei an der Spitze (u.a. wegen spezifischer Wirtschaftsstruktur)
- Einfluss landesspezifischer Wirtschaftspolitik ebenfalls nicht erkennbar

Einwohner und Erwerbstätigkeit



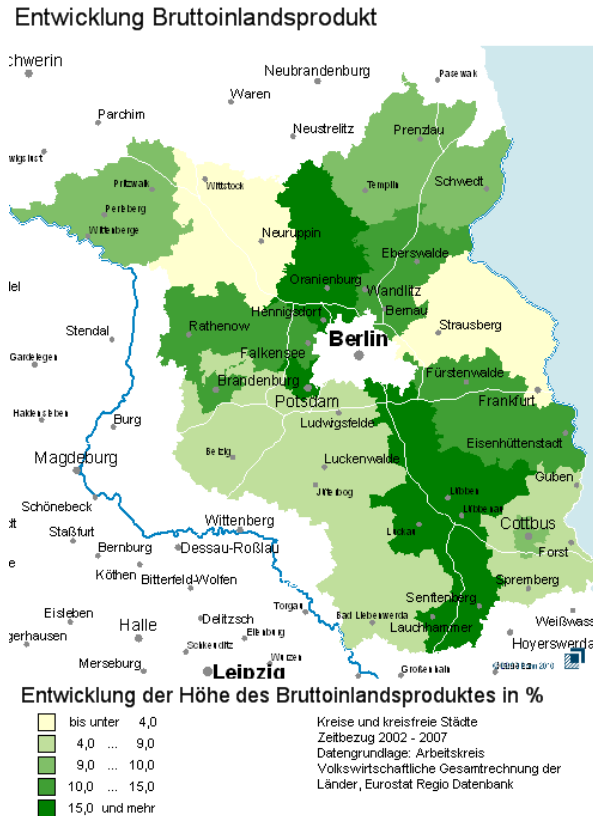
- als einziges ostdeutsches Bundesland nur geringe Bevölkerungsverluste gegenüber 1991 in Brandenburg (insbesondere wegen berlin-induzierten Zuzügen)
- positive Arbeitsmarktentwicklung seit etwa 2005

Arbeitsmarktlage



- je Einwohner allerdings bis 2005 nur unterproportionale Beschäftigungsentwicklung (Brandenburg ist eher Wohn- als Arbeitsstandort)
- Arbeitslosenquote nur noch 11,1 % (Höchststand 2003: 18,8%)
 - wegen Konjunkturaufschwung ab 2005
 - wegen Pendelmöglichkeiten nach Berlin
 - aus demographischen Gründen

Regionale Differenzierung in Brandenburg



- bei allen Indikatoren ausgeprägte Unterschiede zwischen Berliner Umland und Peripherie
 - wegen Pendelmöglichkeiten
 - wegen Attraktivität für Unternehmensansiedlungen

Regionale Differenzierung in Brandenburg



- bei allen Indikatoren ausgeprägte Unterschiede zwischen Berliner Umland und Peripherie
 - wegen Pendelmöglichkeiten
 - wegen Attraktivität für Unternehmensansiedlungen

Regionale Differenzierung in Brandenburg



- bei allen Indikatoren ausgeprägte Unterschiede zwischen Berliner Umland und Peripherie
 - wegen Pendelmöglichkeiten
 - wegen Attraktivität für Unternehmensansiedlungen

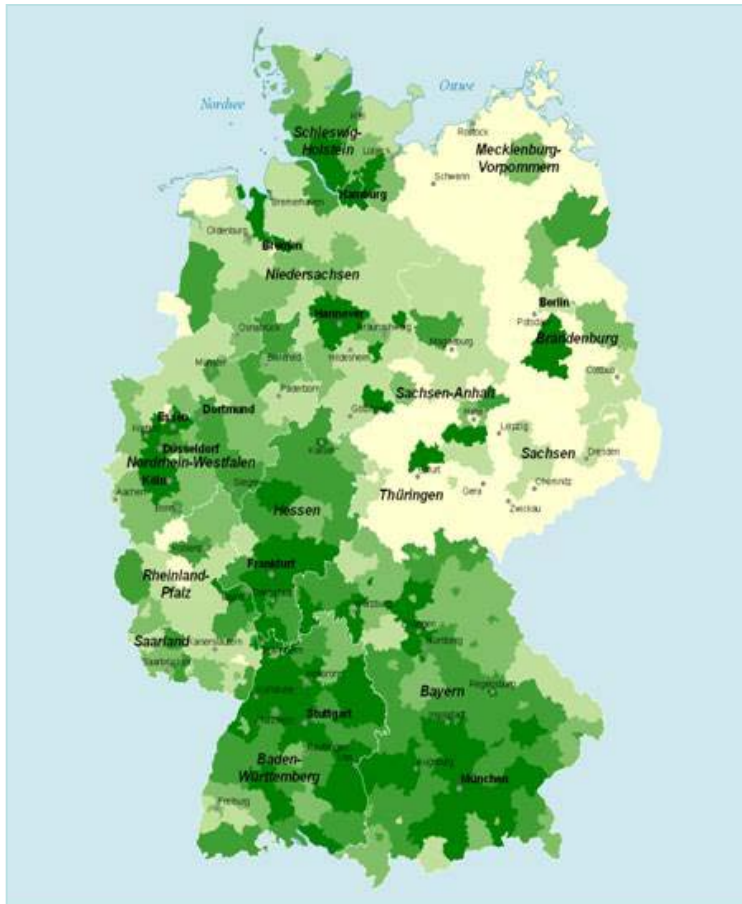
Regionale Differenzierung in Brandenburg



- bei allen Indikatoren ausgeprägte Unterschiede zwischen Berliner Umland und Peripherie
 - wegen Pendelmöglichkeiten
 - wegen Attraktivität für Unternehmensansiedlungen

Regionale Differenzierung in Deutschland

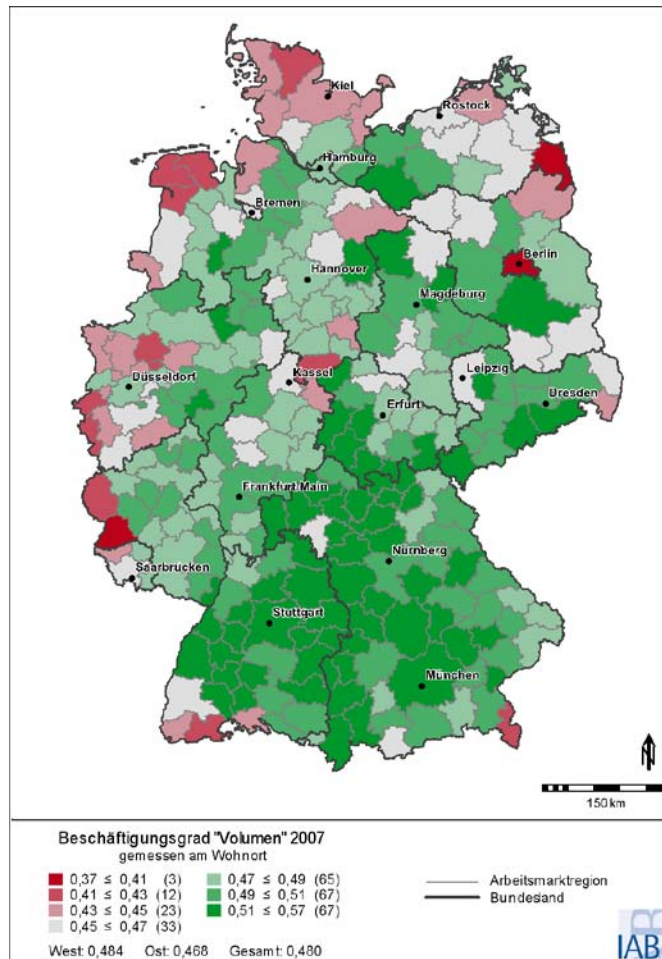
- BIP je Erwerbstätigen nach Landkreisen 2007 -



- im gesamtdeutschen Vergleich: Brandenburg (von wenigen berlinnahen Landkreisen abgesehen) weitgehend ähnlich schwach wie der Rest Ostdeutschlands
- dabei gilt: regionspezifische Fortschritte in ländlichen Räumen jedoch tendenziell stärker als in Ballungszentren

Regionale Differenzierung in Deutschland

- Beschäftigungsquote nach Arbeitsmarktregionen 2007 -



- bei der Beschäftigungsquote (gemessen an der erwerbsfähigen Bevölkerung) gibt es faktisch keine Ost-West-Unterschiede mehr
- allerdings in Ostdeutschland ein höherer Anteil an Fernpendlern (7,2% Ost, 3,6% West)

Gliederung

1. Wirtschaftspolitik in Brandenburg 1991-2011
2. Wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg
- 3. Ursachenanalyse und Perspektiven**
4. Ansatzpunkte für die Wirtschaftspolitik

Gründe für unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland I

- kleinbetriebliche Struktur
- „verlängerte Werkbänke“
- ungünstige Branchenstruktur (eher wenig Industrie, wenig unternehmensnahe Dienste)
- fehlende Agglomerationsräume (Ausnahme Berlin)

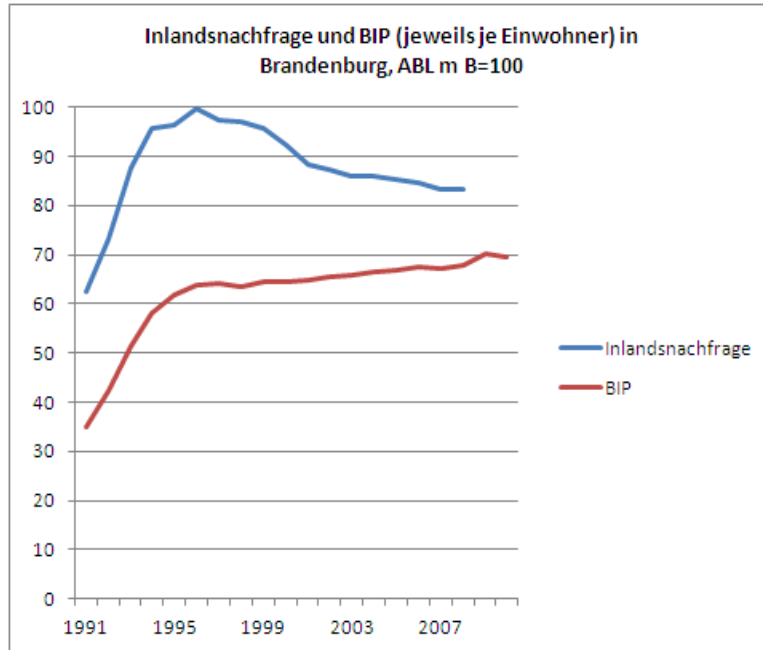
=>niedriges Produktivitätsniveau
(TFP=81% des Wertes von ABL)

=>niedriges Einkommensniveau
(Primäreinkommen=68% des Wertes von ABL)

=>geringe FuE-Intensität in der Wirtschaft
(NBL 1%/ABL 1,9%)

=>geringeres Angebot an Arbeitsplätzen für gut qualifizierte Erwerbspersonen

Gründe für unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland II

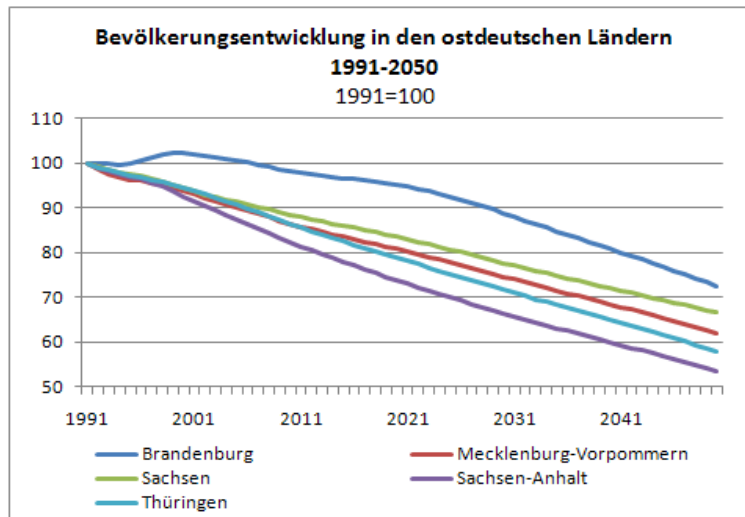
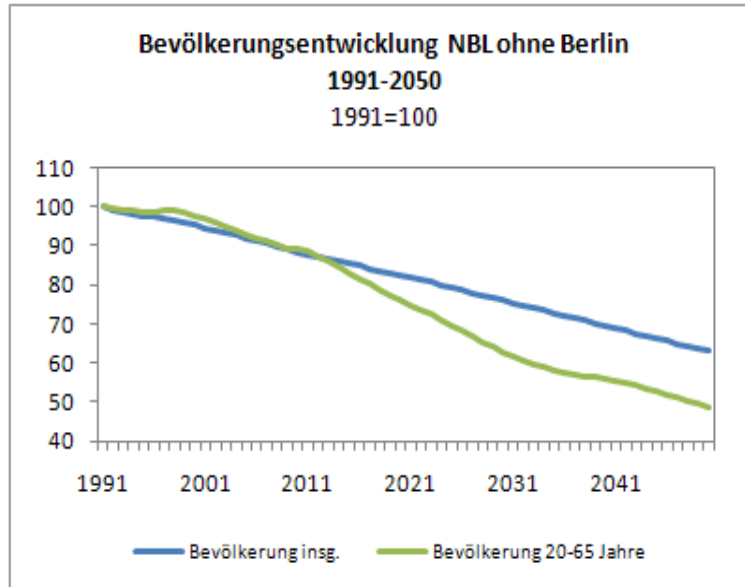


- Inlandsnachfrage übersteigt die eigene wirtschaftliche Leistung
 - Inlandsnachfrage ist seit Mitte der 1990er Jahre rückläufig
 - wg. sinkender Investitionen/schrumpfender Bevölkerung/sinkender Transfers
- ⇒ dämpfende Impulse
- ⇒ stärkere überregionale Orientierung erforderlich

Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung

- entscheidende Trends:
 - rückläufige Transfers (aus EU/Solidarpakt II/ Länderfinanzausgleich)
 - beschleunigte Schrumpfung/Alterung der Bevölkerung (gilt auch für Brandenburg)
 - zunehmender Wettbewerbsdruck aus MOE und anderswo / Gefahr von Unternehmensverlagerungen
- ⇒ geringere Nachfrage
- ⇒ geringeres Arbeitskräftepotential
- ⇒ verringertes Wirtschaftswachstum
- ⇒ Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen zwar weiterhin möglich, aber nur langsame Konvergenz
- ⇒ Zunahme regionaler Unterschiede

Demographische Herausforderungen



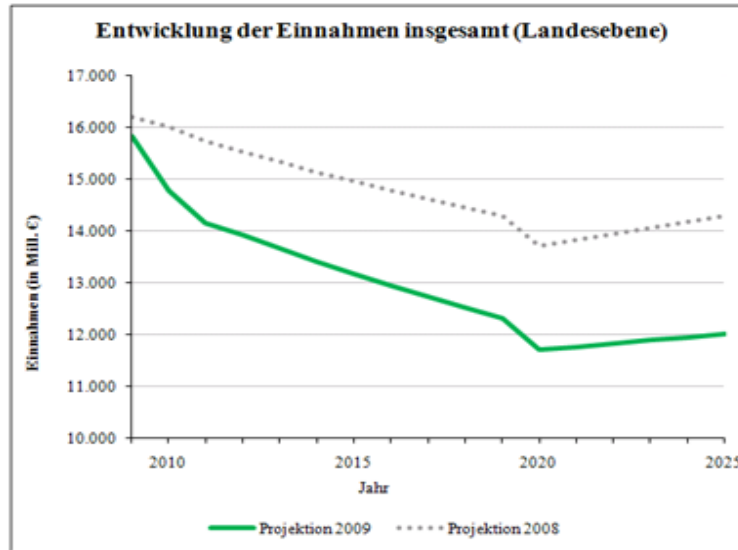
- Bevölkerung wird 2030 nur noch rund 75% des Niveaus von 1991 betragen, erwerbsfähige Bevölkerung sogar nur noch rund 60%
- Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung von 45,7 (2009) auf rund 52,3 Jahre in 2050

=>negative Auswirkungen auf regionale wirtschaftliche Entwicklung

(durch geringere Binnen-
nachfrage/Arbeitskräftemangel/Produktivitätseffekte

=>aber: Arbeitslosenquote ab 2015 rechnerisch unter 5%²⁶

Fiskalische Herausforderungen



- Einnahmen der Länder werden bis 2020 um rund 25% zurückgehen und erst danach wieder leicht steigen
 - Anpassung der Ausgaben erforderlich (aber auch möglich wegen demographischer Entwicklung)
- => weitere dämpfende Effekte auf wirtschaftliche Entwicklung
- => Berücksichtigung qualitativer Aspekte bei Konsolidierung nötig

Gliederung

1. Wirtschaftspolitik in Brandenburg 1991-2011
2. Wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg
3. Ursachenanalyse und Perspektiven
4. **Ansatzpunkte für die Wirtschaftspolitik**

Künftige Problemfelder

- Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung infolge von schwacher Nachfragedynamik / demographischer Problemen (Fachkräftemangel)
- weiterhin nur langsame Konvergenz aufgrund Fortbestand struktureller Defizite
(ifo Projektion: BIP je Einwohner für NBL insgesamt in 2025 rund 80% des Niveaus von ABL)
- Zunahme regionaler Disparitäten: Sicherung der „öffentlichen Daseinsvorsorge“ in schrumpfenden Regionen nicht gewährleistet
- schwindende Einflussmöglichkeiten des Staates

Ansatzpunkte wirtschaftspolitischer Maßnahmen: Standortpolitik

- „klassische“ Standortpolitik ist ausgereizt (kein „infrastruktureller Nachholbedarf“)
 - Verkehrswegebau hat nur (noch) geringe Effekte auf regionale wirtschaftliche Entwicklung
 - Gefahr von infrastrukturellen Überkapazitäten in schrumpfenden Regionen => Rückbau von Infrastrukturen erforderlich
- Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge auf zentrale Orte konzentrieren, Rahmenbedingungen zu zentrennäherer Besiedlung setzen (Umsiedlungshilfen?)
- regionale Eigeninitiative stärken, ggf. überzeugende Entwicklungskonzepte durch „Regionalbudgets“ finanzieren
- Zentren zu Wachstumspolen ausbauen (Berlin!)

Ansatzpunkte wirtschaftspolitischer Maßnahmen: Förderpolitik

- „klassische“ Förderpolitik zunehmend weniger bedeutsam
 - fehlende Ansatzpunkte für Förderung
 - fiskalische Restriktionen
 - negative Anreizeffekte
- => Investitionsförderung zurückführen und auf Neuinvestitionen konzentrieren
- => Einführung eines „Bonussystems“ für Förderung, z.B.
 - für Schaffung „höherwertiger“ Arbeitsplätze
 - für FuE
 - für regionale Ausstrahleffekte
- => aber keine branchen-/technologie-/regionalspezifische Selektion
- => Mittelumschichtung von Investitions- zu Innovationsförderung
- => instrumentell: verstärkte Nutzung revolvierender Fonds

Ansatzpunkte wirtschaftspolitischer Maßnahmen: Bildung/Weiterbildung

- Schulsystem an demographischen Wandel anpassen
 - Konzentration von weiterführenden Schulangeboten auf zentrale Orte
 - verbesserte Betreuung von „Problemschülern“
- Stärkung des Hochschulsektors
 - Hochschulen auf Bedürfnisse der Unternehmen im Land ausrichten
 - stärkere Koordination der Fächerangebote
 - Fachhochschulen ausbauen
- Einbindung der Hochschulen in Weiterbildung
- unternehmensnahe Forschungsinfrastruktur stärken (z.B. durch Förderung von Verbundforschung, Technologietransfer)

„Angleichung der Lebensverhältnisse“ als realistische Option?

- relevante Standortbedingungen sind regional unterschiedlich, deswegen keine Angleichung von wirtschaftlichen Indikatoren an westdeutschen Durchschnitt möglich
- ostdeutsche Regionen werden sich bestenfalls an gleichartige westdeutsche Regionen annähern
- Ostdeutschland insgesamt stärker ländlich geprägt
=> strukturell bedingt bleibt Rückstand bestehen

=> Politik sollte Ziel der „Angleichung der Lebensverhältnisse“ nicht länger propagieren

=> Politik sollte zugeben, dass ihre Möglichkeiten begrenzt sind

=> regionalen Akteuren kommt zunehmend Verantwortung zu

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

Kontakt:
Dr. Joachim Ragnitz
ifo Institut für Wirtschaftsforschung
Niederlassung Dresden
Einsteinstr. 3
01069 Dresden
ragnitz@ifo.de